

Überregionaler Pressespiegel 24.01.2012

Freie Presse | 24.01.2012

Weitere Ermittlungen gegen Linke-Politiker wegen Neonazi-Blockade

Ermittlungsverfahren wegen der "Sprengung einer Versammlung" eingeleitet

Dresden (dapd-lsc). Mit Falk Neubert muss sich ein weiterer Linke-Politiker wegen der Blockade von Neonazi-Aufmärschen in Dresden verantworten. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Landtagsabgeordneten ein Ermittlungsverfahren wegen der "Sprengung einer Versammlung" eingeleitet, wie Neubert am Dienstag in Dresden mitteilte. Auch Landtagspräsident Matthias Rößler sei über das Verfahren informiert worden.

Neubert kündigt an, sich wegen der Teilnahme an den Blockaden im Februar 2011 zu rechtfertigen. "Ich bin entschlossen, vor Gericht gegen die Kriminalisierung von Anti-Nazi-Protesten zu kämpfen", sagte er. Friedliche Blockaden seien keine Straftaten sondern durch das Grundgesetz gedeckt. Neben Neubert müssen sich unter anderem auch die Linke-Fraktionsvorsitzenden aus Sachsen, Thüringen und Hessen wegen der Teilnahme an Blockaden verantworten. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Weitere-Ermittlungen-gegen-Linke-Politiker-wegen-Neonazi-Blockade-artikel7885472.php>

Neues Deutschland | 24.01.2012

Lay soll Immunität entzogen werden

Berlin (nd). Der Linkspolitikerin Caren Lay soll die Abgeordneten-Immunität entzogen werden. Der Grund: Sie soll im Februar 2011 die Auflösung einer Versammlung von Neonazis in Dresden betrieben haben. Deshalb hat die Staatsanwaltschaft Dresden laut »Leipziger Volkszeitung« bei Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Aufhebung beantragt. Die Bundestagsabgeordnete, die auch Bundesgeschäftsführerin der LINKEN ist, forderte den Immunitätsausschuss des Bundestages auf, den Antrag abzulehnen.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/216456.lay-soll-immunitaet-entzogen-werden.html>

MDR aktuell | 24.01.2012 | 16:27 Uhr

Ermittlungen gegen weiteren Linken-Abgeordneten

Die Staatsanwaltschaft hat wegen der Blockade eines Neonazi-Aufzuges in Dresden einen weiteren sächsischen Linken-Politiker ins Visier genommen. Wie die Landtagsfraktion der Partei mitteilte, hat die Staatsanwaltschaft Dresden gegen den Abgeordneten Falk Neubert ein Ermittlungsverfahren wegen der "Sprengung einer Versammlung" eingeleitet. Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) sei über das Verfahren informiert worden. Hintergrund sind auch in diesem Fall die Proteste gegen eine Demonstration von Rechtsextremen im Februar 2011. Neubert hatte unter anderem an Sitzblockaden und

Protesten teilgenommen, der genehmigte Aufzug konnte deshalb nicht stattfinden.

Neubert will sich vor Gericht rechtfertigen

Neubert kündigt an, er werde sich wegen der Teilnahme an den Blockaden rechtfertigen. "Ich bin entschlossen, vor Gericht gegen die Kriminalisierung von Anti-Nazi-Protesten zu kämpfen", sagte er. Friedliche Blockaden seien keine Straftaten sondern durch das Grundgesetz gedeckt. Neubert will sich durch den Dresdner Rechtsanwalt und Linken-Stadtrat André Schollbach vertreten lassen. "Unser Ziel besteht darin, die in Sachsen praktizierte strafrechtliche Verfolgung friedlicher Demonstranten zu stoppen", sagte der Anwalt. Wenn es nötig sei, werde er mit diesem Fall "durch die Instanzen gehen".

Schollbach, der selbst an den Blockaden teilgenommen hatte, war in den vergangenen Monaten erfolgreich gegen eine Razzia der Staatsanwaltschaft Dresden im "Haus der Begegnung" vorgegangen. Das Amtsgericht Dresden hatte auf Schollbachs Anträge hin unter anderem die Durchsuchung der Büroräume der Linken, einer Wohnung sowie die erkennungsdienstliche Behandlung zweier Parteimitglieder für rechtswidrig erklärt. Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte als Grund für die Aktion den Verdacht auf schweren Landfriedensbruch angegeben. Die Durchsuchung erfolgte im Umfeld der Proteste gegen einen Aufmarsch von Neonazis in Dresden.

Ermittlungen gegen zahlreiche Linken-Politiker

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte im Zuge der Ermittlungen gegen Teilnehmer an den Blockaden anfangs gegen 200 Verdächtige ermittelt, zahlreiche Verfahren wurden gegen die Zahlung einer Geldbuße eingestellt. So musste etwa der Fraktionschef der SPD im Sächsischen Landtag, Martin Dulig, 700 Euro an die "Aktion Zivilcourage" in Pirna zahlen. Gegen zahlreiche Politiker der Linken wird dagegen weiter ermittelt. So beantragte die Staatsanwaltschaft am 19. Januar die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der Bundestagsabgeordneten Caren Lay. Am gleichen Tag hatte der Hauptausschuss des Hessischen Landtages entschieden, die Immunität der Linken-Fraktionschefs Willi van Oyen und Janine Wissler aufzuheben. Bereits im Oktober 2011 hatte der Sächsische Landtag die Immunität von Linken-Fraktionschef André Hahn aufgehoben. Dieser erhielt inzwischen einen Strafbefehl des Dresdner Amtsgerichtes über 3.000 Euro. Der Linken-Politiker legte Widerspruch ein und will es zum Prozess kommen lassen. Ebenfalls im Oktober 2011 hatte der Justizausschuss des Thüringer Landtages die Immunität des dortigen Linken-Fraktionschef, Bodo Ramelow, aufgehoben.

http://www.mdr.de/nachrichten/ermittlungen-gegen-linken-politiker100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html

Sachsen Fernsehen | 24.01.2012 | 12:56 Uhr

Weitere Ermittlungen gegen Linke-Politiker wegen Neonazi-Blockade

Dresden (dapd-lsc). Mit Falk Neubert muss sich ein weiterer Linke-Politiker wegen der Blockade von Neonazi-Aufmärschen in Dresden verantworten.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Landtagsabgeordneten ein Ermittlungsverfahren wegen der "Sprengung einer Versammlung" eingeleitet, wie Neubert am Dienstag in Dresden mitteilte. Auch Landtagspräsident Matthias Rößler sei über das Verfahren

informiert worden.

Neubert kündigt an, sich wegen der Teilnahme an den Blockaden im Februar 2011 zu rechtfertigen. "Ich bin entschlossen, vor Gericht gegen die Kriminalisierung von Anti-Nazi-Protesten zu kämpfen", sagte er. Friedliche Blockaden seien keine Straftaten sondern durch das Grundgesetz gedeckt. Neben Neubert müssen sich unter anderem auch die Linke-Fraktionsvorsitzenden aus Sachsen, Thüringen und Hessen wegen der Teilnahme an Blockaden verantworten. *dapd*

<http://www.sachsen-fernsehen.de/default.aspx?ID=4446&showNews=1104179>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 23.01.2012

Leipziger Volkszeitung | 23.01.2012 | 18:26 Uhr | Dieter Wonka

Staatsanwaltschaft Dresden will Immunität der sächsischen Politikerin Lay aufheben

Leipzig. Die politische Immunität der sächsischen Bundestagsabgeordneten Caren Lay (Linke) soll aufgehoben werden. Wie die "Leipziger Volkszeitung" (Dienstag-Ausgabe) berichtet, hat die Staatsanwaltschaft in Dresden einen entsprechenden Antrag gestellt. Grund für den Antrag ist, dass Lay im Februar 2011 aktiv die Auflösung einer genehmigten Versammlung von Neonazis in Dresden betrieben habe, so die Staatsanwaltschaft.

Die ostsächsische Bundestagsabgeordnete, die auch Bundesgeschäftsführerin der Linken ist, forderte den Immunitätsausschuss des Bundestages auf, den Antrag der Staatsanwaltschaft abzulehnen. „Angesichts der aktuellen Diskussion zum politischen Versagen bei der Bekämpfung der rechten Terrorzelle halte ich es für ein fatales Signal, wenn die Staatsanwaltschaft diejenigen verfolgt, die Widerstand gegen Neonazis leisten.“ Sie hoffe „auf die Solidarität der Demokraten“, so Caren Lay.

Das Schreiben der Staatsanwaltschaft ging am 19. Januar bei Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) ein.

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/staatsanwaltschaft-will-immunitaet-der-saechsischen-bundestagsabgeordneten-lay-aufheben/r-mitteldeutschland-a-122393.html>

ähnliche Artikel zum Thema:

Freie Presse: <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Immunitaet-von-Linke-Abgeordneter-Lay-soll-aufgehoben-werden-artikel7884561.php>

Allgäuer Zeitung: <http://www.all-in.de/nachrichten/deutschlandundwelt/Deutschland-Welt-Staatsanwaltschaft-Dresden-beantragt-Immunitaets-Aufhebung-fuer-Bundestagsabgeordnete-Lay;art15808,1079398>
